

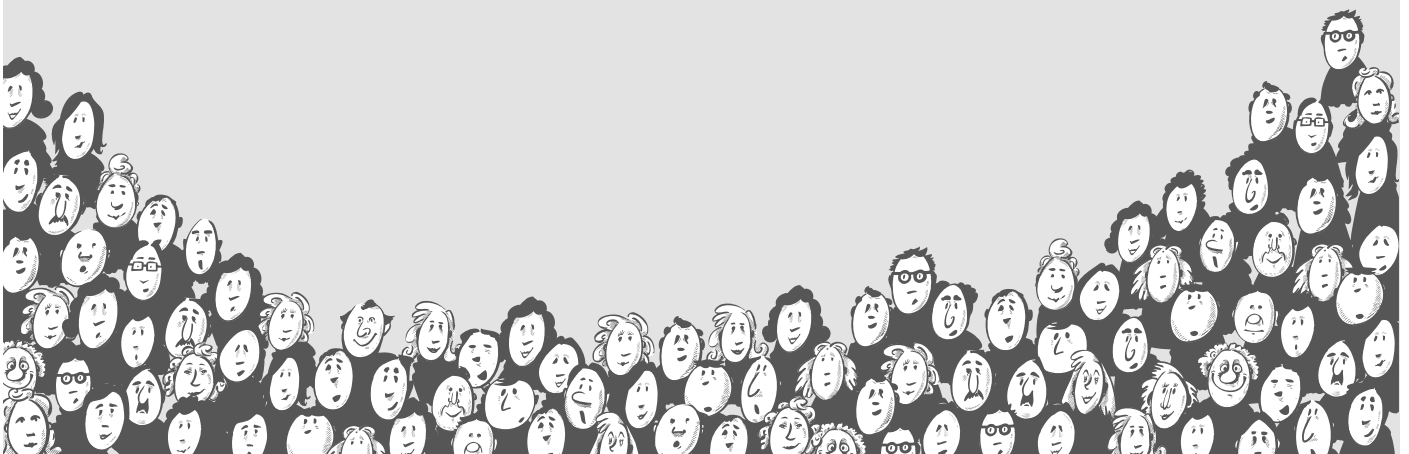
GÖTTINGEN

SPD

zuhören.
verstehen.
handeln.

ZUSAMMENLEBEN IN GÖTTINGEN - INTEGRATION MEISTERN

Positionspapier



THESENPAPIER

POSITIONSPAPIER

PROGRAMMFABRIK

PROGRAMM ZUR
KOMMUNALWAHL 2016

Vorwort

Mit diesem Positionspapier hat die SPD in Göttingen ihre Ideen für die weitere Entwicklung der Stadt Göttingen umrissen. Wir haben darin unsere Vorstellungen und Ziele nicht immer bis ins Kleinste ausformuliert. Ausgehend von unseren Grundsätzen als Sozialdemokratische Partei haben wir aber klar gesagt, an welchen Leitlinien sich unsere Politik im Rat der Stadt bis 2021 orientieren wird. Das halten wir auch für geboten. Eine politische Partei muss sagen wo sie steht, wofür sie streitet, was sie erhalten und was sie verändern will. Das gilt um so mehr für ein Positionspapier, das die Grundlage für ein offenes Gespräch mit Bürgerinnen und Bürger sein soll.

Wozu dann aber noch eine „Programmfabrik“? – Dafür gibt es zwei wichtige Gründe:

- Ganz sicher haben wir bei unseren Überlegungen nicht alle Probleme und Chancen der Stadtpolitik berücksichtigt und erfasst. Am Besten können das diejenigen feststellen, die damit näher befasst sind – als die betroffenen Bürgerinnen und Bürger.
- Wir haben sicher auch manche Rahmenbedingungen für die Formulierung unserer Ziele nicht berücksichtigt und sind deshalb nicht immer zu passenden Schlüssen gekommen. Auch hier gilt wieder: Wer kann das besser korrigieren, als die unmittelbar Betroffenen.

Deshalb sind wir auf die Idee der „Programmfabrik“ gekommen. Und deshalb freuen wir uns auf eine rege Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern. Beide Seiten – die SPD und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Foren – können und sollen davon profitieren. Die SPD lernt etwas hinzu und Bürgerinnen und Bürger können ihre Vorschläge und ihre Kritik vor der endgültigen Formulierung des Wahlprogramms einbringen.

Positionspapier des SPD-Stadtverbandes Göttingen für die

„SPD-Programmfabrik“

Zusammenleben in Göttingen – Integration meistern

Menschen in Not helfen, Integration sichern, Zuwanderung steuern

Die Menschen flüchten vor Krieg, Terror und politischer Verfolgung nach Europa und nach Deutschland, um hier ohne existentielle Not und in Frieden leben zu können. Sie hoffen berechtigter Weise auf Schutz für sich und ihre Kinder. Deshalb bekennen wir uns zum im Grundgesetz festgelegten Asylrecht. Ergänzend dazu wollen wir ein Einwanderungsgesetz gestalten, das steuernd reguläre Einwanderung ermöglicht.

Zugleich verlangen wir aber von allen Menschen, die in Deutschland leben wollen, dass sie unsere im Grundgesetz niedergelegten Werte achten und zu schützen: die Menschenrechte, die demokratische Verfassung, Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, Solidarität und Toleranz, individuelle Freiheiten und Selbstbestimmung und die Gleichstellung der Frauen.

Die SPD in Göttingen bekennt sich zu ihrer Verpflichtung, Flüchtlinge und Einwanderinnen und Einwanderern möglichst weitgehend in unsere soziale und kulturelle Stadtgesellschaft zu integrieren. Parallelgesellschaften darf es nicht geben. Dabei wissen wir: Vielfalt birgt viele Chancen auf eine offene und lebendige Stadtgesellschaft, wenn sie durch klare politische Rahmen- und Zielsetzungen, effizientes Verwaltungshandeln und ehrenamtliches Engagement aller Bürgerinnen und Bürger gesteuert und gepflegt wird.

Unser Ziel ist es, Göttingen als Stadt der sozialen Zuversicht zu gestalten. Dieses Ziel gilt aber nicht nur für Flüchtlingen und Einwanderern, sondern für alle hier lebenden Menschen, die in materiell unsicheren Verhältnissen leben oder sich – aus welchen Gründen auch immer – von der Gesellschaft abgehängt fühlen. Dabei darf die Hilfe für Flüchtlinge nicht zulasten anderer Bevölkerungsgruppen gehen. Wir wollen allen – unabhängig von ihrem sozialen und ethnischen Hintergrund – eine Perspektive geben und ihnen die Teilhabe in allen Bereichen der Stadtgesellschaft ermöglichen.

Für diese Grundsätze treten wir ein und dafür werden wir unsere Ziele verfolgen:

Integration durch Mitbestimmung

Die ökonomische Stärke und die kulturelle Ausstrahlungskraft Göttingens hängen auch von der Vielfalt, dem Engagement und der Qualifikation der Menschen ab, die hier leben. Darum

wollen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Einbürgerungsquote in Göttingen zu erhöhen.

Wir erwarten die kulturelle und politische Partizipation von eingebürgerten Menschen mit Migrationshintergrund und wollen diese fördern. Die Bereitschaft zum Engagement hängt aber auch von den Möglichkeiten ab, über die politischen Geschicke der Stadt mitbestimmen zu können. Deshalb treten wir ein für das Kommunalwahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten mit Aufenthaltstiteln, die in Göttingen langfristig leben.

Ehrenamt und Stadtverwaltung ergänzen sich gegenseitig

Wir danken all jenen, die mit ihrem ehrenamtlichen Einsatz ein positives Bild unserer Stadt zeichnen und der Willkommenskultur „ein Gesicht geben“. Wir erleben dabei auch, dass sich viele Menschen mit Migrationshintergrund – einschließlich geflüchteter Menschen – ebenfalls für den Erhalt der guten Lebensqualität unserer Stadt engagieren. Ihnen allen muss durch die Politik und die Verwaltung der Stadt die bestmögliche Unterstützung gegeben werden. Göttingen muss eine Stadt bleiben, wo das ehrenamtliche Engagement gewürdigt und in seiner Wirkung unterstützt wird.

Die Politik steht in der Verantwortung, ehrenamtliche Arbeit und die Arbeit der Verwaltung kooperativ zusammenzubinden. Von der Erstversorgung bis zu den letzten Schritten der Integration gilt dabei: die Verwaltung soll Ehrenamtliche unterstützen, nicht umgekehrt. Dafür brauchen wir in der Verwaltung Denkmuster und Strukturen, die an der Aktivierung des Ehrenamtes orientiert sind.

Wir wollen dabei die Integrations- und Jugendarbeit in Vereinen besonders in den Focus nehmen. Alle Vereine – insbesondere auch Sportvereine – fördern die Integration und den Dialog über Kulturen hinweg.

Langfristig streben wir dabei auch an, mit einem Bundesgesetz qualifizierte ehrenamtliche Arbeit durch Rentenpunkte zu kompensieren.

Mehr sozialer Wohnungsbau und gute Quartierentwicklung für alle

Sammelunterkünfte für geflüchtete Menschen sind keine langfristige Lösung. Deshalb wollen wir mehr sozialen Wohnungsbau fördern. Wir wollen damit nicht nur den bei uns bleibenden Flüchtlingen die Integration erleichtern, wir haben dabei auch alle in Göttingen lebenden Menschen im Auge, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind.

In Göttingen fehlt aktuell preiswerter Wohnraum. Diesen Sektor wollen wir ausbauen und dabei die Planung und Umsetzung stadtplanerisch langfristig so orientieren, dass sie mit

einer Verbesserung der Mobilität, funktionierenden Stadtteile und auch den Interessen der betroffenen Anlieger gut vereinbar ist – z. B. kommt für uns dabei eine Nutzung von Kleingartenflächen nicht in Frage. Für die Verbesserung des sozialen Zusammenhaltes und der Kommunikation wollen wir die Nachbarschaftszentren stärken und ausbauen.

Migration und demografischer Wandel

Die Bevölkerung Deutschlands schrumpft und überaltert – dies gilt auch und besonders für Südniedersachsen, die Umlandregion der Stadt. Zuwanderung ist ein Instrument, um diesem Trend entgegenzuwirken.

Die Ansiedlung ehemals in Göttingen und der Region untergebrachten Flüchtlingen als Migrantinnen und Migranten in den Kommunen der der Region kann eine positive Rolle in der Erhaltung lebendiger ländlicher Infrastruktur und der Fachkräfteversorgung spielen.

Hierzu muss dann jedoch zugleich auch eine gute Verkehrsinfrastruktur (ÖPNV) sowie attraktive und bezahlbare Wohnangebote in der Region gestaltet werden. Wenn es gelingt dies zu realisieren, eröffnen sich auch im Umfeld der Stadt Wohnoptionen für in Göttingen Studierende und andere Menschen, die hier auf Wohnungssuche sind – und damit eine Chance, die Entwicklung der gesamten Region langfristig zu verbessern.

Integration in Arbeit und Wirtschaft

Nicht nur aus sozialen Gründen wollen wir für Flüchtlinge die Integration in Arbeit und Wirtschaft erleichtern. In Zeiten des demografischen Wandels können Migrantinnen und Migranten mit ihren beruflichen Kompetenzen und ihren Potentialen mit zur Sicherung des Wohlstandes in Göttingen beitragen.

Deshalb streben wir an, die beruflichen und akademischen Qualifikationen von geflüchteten Menschen frühzeitiger zu erfassen und unbürokratisch anzuerkennen. Um die Ausbildung von jungen Flüchtlingen zu unterstützen, plädieren wir für die Erweiterung des § 17 AufentG. Hier muss die Aufnahme einer Schul- und Berufsausbildung mit in die Liste der Gründe zur Aussetzung der Abschiebung aufgenommen werden; wer in Deutschland eine berufliche oder akademische Ausbildung erfolgreich absolviert hat, muss eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten.

Flankierend dazu werden wir uns dafür einsetzen, dass die Kommunikation zwischen den Job-Centern, der Arbeitsagentur und der Stadtverwaltung weiter intensiviert wird. Die von der EU mitfinanzierten „Bleiberechtsnetzwerke“ sollen gestärkt und die Beratungsstellen des Netzwerkes „Integration durch Qualifizierung“ gesichert werden. Berufsspezifische Kurse

zum Spracherwerb sowie Fortbildungsmaßnahmen für das Erlangen von entsprechenden deutschen Qualifikationen sollen weiter ausgebaut werden.

Frühkindliche Bildung, Schule und Erwachsenenbildung

Für eine gelingende Integration sind das Beherrschen der deutschen Sprache und gute qualifizierende Bildung notwendig. Sprache ist der Schlüssel zu Integration, Bildung und Teilhabe in der Gesellschaft. Deshalb ist der Ausbau von Sprachförderung in Schulen und Kindertagesstätten ein vordringliches Anliegen unserer Politik. Dafür müssen Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrkräfte durch Koordinierungsleistungen, mit einer flankierenden Infrastruktur und Kommunikation durch die Stadt kontinuierlich unterstützt werden.

Die Anforderungen der Integrationsarbeit in Kinderkrippen und Kindergärten sind gestiegen, auch darum ist die flächendeckende Einführung der dritten Erziehungskraft weiterzuführen.

An den Schulen müssen Sprachlernklassen ausgebaut werden. Der Erwerb der deutschen Sprache erfordert – neben dem Erhalt und dem Ausbau von Sprachlernklassen – auch eine konsequent weitergeführte Umsetzung der Inklusion in den niedersächsischen Schulen. Ein Parallelklassensystem oder gar die Wiedereröffnung der Hauptschulen für Göttingen lehnen wir dabei ab. Unser gut ausgebautes Ganztagsangebot und die drei Gesamtschulen schaffen gute schulische Voraussetzungen für die Integration.

Gegenüber dem Land werden wir darauf drängen, die entsprechende Qualifizierung von Lehrkräften und zusätzlichen Betreuungspersonal in der inklusiven Erziehung zu verbessern. Dies hilft allen Schülerinnen und Schülern und bietet die Chance auch Lernerfolge insgesamt zu verbessern.

Die Alphabetisierungskurse für Erwachsene und Sprachkurse „Deutsch als 2. Sprache“ durch die Volkshochschule und anderer Träger der Erwachsenenbildung wollen wir weiter unterstützen und ausbauen.

Wir werden dafür eintreten, dass Mitteilungen der Behörden in einfachem Deutsch gefasst werden.

Altenpflege

Wir wollen in den kommenden Jahren die Altenpflege an die spezifischen Bedürfnisse der Migrantinnen und Migranten anpassen und für eine interkulturelle Öffnung der Altenpflege in Göttingen eintreten.

Die Finanzierung: Bund und Land müssen ihre Verantwortung wahrnehmen

Bund und Land haben gute Vorsätze in der Finanzierung der kommunalen Flüchtlingspolitik. Diese müssen aber auch schneller umgesetzt werden. Es muss mehr Geld in den Bau von Unterkünften und die Personalaufstockung in allen Aufgabenbereichen der Integration fließen.

Aktuell stoßen die Stadt Göttingen und das Land Niedersachsen dabei an die Grenzen ihrer Finanzierungsmöglichkeiten – und müssen darüber hinausgehen. Es ist jetzt schon absehbar ausgeschlossen, dass die Kommunen die im Grundgesetz und in vielen Haushaltsordnungen der Länder normierte Schuldenbremse angesichts der aus der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge resultierenden Kosten einhalten können – alternativ müssen viele andere unverzichtbare Ausgaben „auf Null“ gefahren werden. Das geht auf Kosten einer lebendigen und sozialen Stadtgesellschaft oder ist zum Nachteil anderer gesellschaftlicher Gruppen, die ebenfalls Anspruch auf staatliche Hilfe haben.

Sehr viel länger aber noch werden Kosten für die Integration der bei uns schutzsuchenden Menschen (Bildungsausgaben, sozialer Wohnungsbau, Sprach- und Integrationskurse) die Haushalte extrem belasten.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die restriktiven Mechanismen der Schuldenbremse (Artikel 109 GG) aufgehoben oder durch den dort ebenfalls regelten Ausnahmetatbestand des „außergewöhnlichen Notsituation“ für einige Zeit ausgesetzt werden.

Hilfe und Sicherheit für Menschen in Krisenregionen

Der große Zustrom von Flüchtlingen in kurzer Zeit stellt uns vor große Herausforderungen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Fluchtursachen erfolgreich bekämpft werden. Das geht nur mit einer starken europäischen Kooperation in Fragen von Friedenssicherung und Flucht. Die EU muss Flüchtlingslager im Ausland besser unterstützen und die Aufnahme von geflüchteten Menschen innerhalb der EU breiter verteilen.

Wir fordern auch eine stärkere sozioökonomische Unterstützung der Herkunftsländer durch die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Armutsbekämpfung und zur Existenzgründung bzw. Existenzsicherung.